

Ist die City bald für Autostinker dicht?

Bei der Einrichtung einer Verbotzone für Autos mit schlechten Abgaswerten („Umweltzone“) soll Dortmund nach dem Willen von OB Dr. Gerhard Langemeyer nicht den ruhrgebietsweiten Musterknaben spielen.

Von Gregor Beushausen

Zwar lag den Verwaltungsspitzen bei ihrer Runde am Dienstag ein Papier aus dem städtischen Umweltamt vor, das deutliche Hinweise gibt, in welchen Teilen des Stadtgebietes die Belastung durch Feinstaub und Stickstoffdioxid für die Anwohner besonders hoch ist: Der Untersuchungsbereich umfasst ein rund 20 Quadratkilometer großes Gebiet, das pikanterweise die komplette Innenstadt einbezieht. Es verläuft von der Brackeler Straße im Osten bis zur Huckarder Straße im Westen. Die Nordgrenze bildet die Eisenstraße, die Südgrenze die B 1.

Allerdings ließ Langemeyer die Vorlage seines Umweltamtes zunächst in der Schublade verschwinden. Man habe das lediglich „andiskutiert“. Es seien „noch einige Fragen zu klären“, gab der OB mit dünnen Worten zu Protokoll.

Dahinter steckt politisches Kalkül. Offenbar hat sich Langemeyer an das Hickhack um die Lkw-Entlastungszone erinnert, als sich Rot-Grün im Rat von der CDU und der IHK anhören musste, die Existenz vieler Gewerbebetriebe am Hafen leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Das will sich Langemeyer (SPD) kein zweites Mal antun. Zumal für die „Umweltzone“ weit strengere Maßstäbe gelten und sie nur von Autos befahren werden darf, die mit speziellen Plaketten für Schadstoffklassen ausgerüstet sind.

Da kommt es dem OB gelegen, dass die Federführung für den Luftreinhalteplan und die Einrichtung einer „Umweltzone“ in Arnsberg liegt. Langemeyer will es Regierungspräsident Helmut Diegel (CDU) überlassen, die Stadt aufzufordern, ein solches Sperrgebiet für Autos mit hohem Schadstoffausstoß auszurufen. Dortmund soll nicht den Musterknaben und Vorreiter im Ruhrgebiet spielen, während die Nachbarn lächelnd zusehen - und ihrem Verkehr weiter freie Fahrt garantieren.

Wenn schon Sperrzonen, dann müssten die zuständigen Bezirksregierungen (bzw. das Land) dafür sorgen, dass auch die Nachbarstädte mitzögen und Dortmund keine Standortnachteile zu erwarten habe. Dass etwas getan werden muss, ist klar: Bürger, die an stark belasteten Straßen wohnen, sollen Maßnahmen zur Luftreinhaltung bald einklagen können.

Zauberwort Kooperation

KOMMENTAR Gesundheit ist ein hohes Gut. Auch wer an stark befahrenen Straßen wohnt, hat ein Recht auf saubere Luft. Die Grünen und der Bund für Umwelt und Naturschutz fordern seit langem eine „Umweltzone“, in die nur Autos mit passenden Plaketten hineinkommen.

Das könnte Ärger geben. Gewarnt durch den Streit um die Lkw-Zone in der Nordstadt, will sich der OB nicht noch mal den Schwarzen Peter einfangen. Also soll Regierungspräsident Diegel die Stadt auffordern, die Schilder aufzustellen. Das ist pikant,

weil Diegel (CDU) nicht als Freund solcher Verkehrsbeschränkungen gilt. Doch von allen taktischen Winkelzügen mal abgesehen: Der Hinweis, wenn schon „Umweltzone“, dann bitte auch in anderen Ruhrgebietsstädten, ist so simpel wie richtig. Es kann nicht sein, dass einer den Vorreiter spielt, während andere abwarten. Zusammenarbeit ist das Zauberwort.

Luft, ob sauber oder nicht, macht vor Stadtgrenzen noch immer nicht Halt.

Westfälische Rundschau, 2. November 2006